

## **Beschluss (vorläufig)** Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.11.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-W In die Zukunft wirtschaften

### **Antragstext**

#### 1 **Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften**

#### 2 **Sozial-Ökologische Marktwirtschaft**

- 3 (90) Die Wirtschaft dient den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum.  
Nachhaltiger  
4 Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und Gerechtigkeit ist Kern eines  
5 zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Ziel ist ein Wirtschafts- und Finanzsystem, das die  
6 planetaren Grenzen einhält und mehr Lebensqualität für alle Menschen erreicht,  
weltweit und  
7 für zukünftige Generationen. Dazu ist es notwendig, grundlegend anders zu  
wirtschaften:  
8 chancen-, ressourcen- und geschlechtergerecht. Dies bedeutet einen Wandel hin zu  
einer  
9 sozial-ökologischen Marktwirtschaft innerhalb klarer Leitplanken und mit  
10 Gemeinwohlorientierung, die Konzepte wie Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und  
Innovation als  
11 Mittel zum Zweck betrachtet und Konzentration ökonomischer Macht bei Wenigen  
vermeidet.
- 12 (91) Viele der strukturellen Anreize zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen  
uns  
13 vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-ökonomische  
14 Verteilungskrisen, die behoben werden müssen. Um die Lebensbedingungen der  
Menschheit global  
15 zu verbessern, wird auch in der sozial-ökologischen Transformation Wachstum in  
bestimmten  
16 Bereichen wichtig sein, andere Bereiche werden schrumpfen. Wirtschaftswachstum ist  
nicht per  
17 se das Problem, die mit Wachstumszwängen einhergehende Übernutzung natürlicher  
Ressourcen  
18 und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft schon. Aus Vorsorge sind unsere Systeme  
deshalb auf  
19 wissenschaftlicher Basis darauf auszurichten, auch beim Wirtschaften innerhalb der  
20 planetaren Grenzen stabil zu bleiben- gerade im Hinblick auf wiederkehrende  
Wirtschafts- und  
21 Finanzkrisen.
- 22 (92) Wohlstand definiert sich nicht allein durch materiellen Reichtum, sondern meint  
23 Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit, Zeitsouveränität, gesunde  
24 Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelle und politische Teilhabe und ein  
friedliches  
25 Zusammenleben. Dafür sind ein neuer Wohlstandsbegriff und ein anderes Wirtschaften

nötig.

26 Mit einem umfassenden Wohlstandsindikator können ökologische, soziale und  
qualitative

27 Merkmale erfasst werden. Wasser, Luft, Boden und Artenvielfalt sind globale  
Gemeingüter, die

28 abseits einer reinen Verwertungslogik allen Menschen zugutekommen müssen.

29 (93) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein Green New Deal . Er

30 schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges  
Wirtschaften,

31 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die  
Zukunft. Er

32 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich  
und

33 fördert eine geschlechtergerechte Gesellschaft

34 (94) Freies und kreatives Handeln von Menschen, fairer Wettbewerb, gesellschaftliche  
35 Kooperation und die Vielfalt wirtschaftlichen Handelns können nachhaltigen  
Wohlstand,

36 Fortschritt und innovative Problemlösungen schaffen.

37 (95) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation  
und

38 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind von großer  
Bedeutung,

39 um die großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte  
Märkte

40 aber sind zukunftsblind, krisenanfällig, instabil und können die Demokratie gefährden.  
Erst

41 klare Regeln stellen sicher, dass Märkte und Wettbewerb funktionieren und im  
42 gesellschaftlichen Interesse wirken. Es ist Aufgabe des Staates, für Information,

43 Transparenz und Wahlfreiheit zu sorgen und die Durchsetzung von Verbraucher\*innen-  
Rechten

44 sicherzustellen.

45 (96 neu) Märkte müssen so gestaltet sein, dass Verbraucher\*innen als  
Marktteilnehmer\*innen

46 effektiv vor Missbrauch geschützt sind und selbstbestimmte Entscheidungen treffen  
können.

47 Dazu gehören Vorsorge und Schutz auch für schwächere Verbraucher\*innen ebenso  
wie

48 Wahlfreiheit und Transparenz in mittlerweile globalisierten und digitalisierten Märkten.  
Der

49 Staat muss für diese Verbraucher\*innenrechte sorgen, die Durchsetzung dieser Rechte  
stärken

50 und die Verbraucherpolitik gesetzlich ausgestalten. Er darf die Verantwortung für die  
51 Entwicklung der Wirtschaft nicht bei den Verbraucher\*innen abladen. Es ist Aufgabe  
des

52 Staates, einen klaren Rechtsrahmen für Wirtschaft und Wettbewerb zu setzen.

53

54 (96) Der Markt ist nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in einer

55 Gesellschaft. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits von  
 56 Märkten  
 57 über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen. Wir  
 58 wollen den  
 59 Weg ebnen für soziales und ökologisches Unternehmer\*innentum, für eine Wirtschaft  
 60 des  
 61 Teilens sowie für frei zugängliches Wissen und frei zugängliche Gemeingüter.  
 62 Unbezahlt  
 63 geleistete Arbeit muss anerkannt werden und darf nicht zu einer Benachteiligung  
 64 führen. So  
 65 wird die sozial-ökologische Wirtschaft im Sinne des Gemeinwohls gestärkt.  
 66  
 67 ([neu])Zum heutigen Zeitpunkt wissen wir nicht, welche Art des Zusammenlebens sich  
 68 langfristig als ökologisch und sozial tragbar erweisen wird. Um größere  
 69 Handlungsspielräume  
 70 auch für kooperative und solidarische Formen des Wirtschaftens zu eröffnen, sollen  
 71 Initiativen unterstützt werden, die mit diesen Formen des Wirtschaftens  
 72 experimentieren -  
 73 von der solidarischen Landwirtschaft mit gemeinschaftsgetragener Bäckerei über das  
 74 Druckerei-Kollektiv bis zum gemeinschaftlich organisierten Softwareentwicklungsbüro.  
 75 (97) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir wollen  
 76 es  
 77 neu begründen und durchsetzen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und  
 78 handlungsfähigen Staat und klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und  
 79 Ordnungsrecht sowie  
 80 intelligenter öffentlicher Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich  
 81 sein, wer übergeordnete gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.  
 82 (98) Nur wenn Preise die ökologische und soziale Wahrheit sagen, geht der  
 83 Wettbewerb der  
 84 Märkte nicht zulasten von Mensch und Umwelt. Klimafreundliche und soziale  
 85 Alternativen  
 86 können sich nur dann durchsetzen, wenn die Verursacher von ökologischen und  
 87 sozialen Schäden  
 88 die Kosten für diese tragen.  
 89 (99) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem neuen Wohlstandsmaß  
 90 und  
 91 einer neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Diese berücksichtigen - anders als  
 92 das  
 93 Bruttoinlandsprodukt - neben ökonomischen auch ökologische, soziale und  
 94 gesellschaftliche  
 95 Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die zum größten Teil von Frauen - unbezahlt -  
 96 geleistet  
 97 wird. Sorge- und Reproduktionsarbeit gehören zu den wichtigsten Aufgaben unserer  
 98 Gesellschaft. Deshalb braucht sie einen Rahmen, der Geschlechtergerechtigkeit auch  
 99 in der  
 100 Wirtschaft sicherstellt.  
 101 (100) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche  
 102 Wirtschafts-,

85 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich stattfinden. Um  
86 erfolgreich und nachhaltig zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und  
intakte  
87 Infrastruktur, gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine  
88 funktionierende öffentliche Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit.  
Dazu  
89 zählen auch schnellere, bessere Planungsverfahren durch frühzeitige und wirksame  
90 Verfahrensbeteiligung sowie Behörden und Gerichte mit ausreichendem Personal und  
einer  
91 vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

92 (101) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und Institutionen  
93 sowie soziale Infrastrukturen und bezahlbarer Wohnraum sind sicher zu stellen und  
müssen für  
94 alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts, der Mobilität und  
der  
95 Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und Dienstleistungen von allgemeinem  
96 Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und Selbstverwaltung müssen in  
öffentliche Hand und  
97 von Marktmechanismen und Wettbewerb ausgenommen bleiben. Der Zugang zu  
öffentlichen Gütern,  
98 die gesellschaftliche Teilhabe fördern - wie kommunale Freizeit- und  
Kultureinrichtungen -  
99 soll daher bedarfsgerecht kostenlos ermöglicht werden. Die Beschaffungen des  
öffentlichen  
100 Sektors müssen sich stärker an ökologischen und sozialen Faktoren, nicht nur am Preis  
101 orientieren.

## 102 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

103 (102) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass  
Märkte  
104 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt in nachhaltiger Weise  
hervorbringen  
105 können. Es ist Aufgabe von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und  
106 aufzubrechen sowie jene Bereiche einer Gesellschaft zu definieren und auszugestalten,  
die  
107 nicht durch Märkte dominiert werden sollen.

108 (103) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem  
Wettbewerb.  
109 Darunter leiden viele Unternehmen in Europa und weltweit. Der Erwerb von  
110 Unternehmensbeteiligungen, Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe  
111 öffentlicher Aufträge durch und an Dritte sollen auf der Basis von Standards und  
112 Gegenseitigkeit erfolgen. Außereuropäische Übernahmen müssen dann, wenn nötig,  
auch  
113 untersagt werden. Kritische Infrastruktur und Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.

114 (104) Regulierung ist kein Selbstzweck. Sie muss sich an gesellschaftlichen Zielen  
115 orientieren. Sie sollte Individuen und Unternehmen möglichst viel Freiheit in Bezug auf  
die

- 116 gewählten Mittel lassen. Es ist laufend zu überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften  
noch  
117 bedarf und sie ihren Schutzzweck weiterhin erfüllen. Dabei ist zu beachten, dass  
sowohl  
118 ungeeignete politische Regeln als auch fehlende politische Regulierung Wettbewerb  
119 einschränken und Marktmacht zementieren können. Regulierungen müssen so  
ausgestaltet sein,  
120 dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum Wettbewerbsnachteil für  
kleine  
121 Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen stattdessen bewirken, dass  
Machtunterschiede  
122 möglichst ausgeglichen werden.
- 123 (105) Digitale Plattformen durchdringen immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen  
und  
124 wirtschaftlichen Lebens. Sie sind Grundlage von Wertschöpfung und neuen  
Geschäftsmodellen  
125 und sollten daher im Fokus wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Gestaltung stehen.
- 126 Plattformen müssen umfassend reguliert werden, um Grundrechte zu schützen,  
wachsende  
127 wirtschaftliche Macht zu begrenzen, faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen  
128 sicherzustellen sowie gemeinwohlorientierte Innovationen zu ermöglichen. Europa  
braucht  
129 öffentlich-rechtliche wie auch gemeinnützige Alternativen zu den bisherigen privaten  
130 Monopolen. Diese können Bürger\*innen die Möglichkeit bieten, sich sowohl lokal als  
auch  
131 digital zu organisieren und politisch Einfluss zu nehmen. Digitale Plattformen sind Teil  
der  
132 Infrastruktur und müssen barrierefrei sein.
- 133 (106) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu setzen.  
134 Deutschland kann nur mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise seine internationale  
Position  
135 als globaler Industriestandort wahren, mit neuen Wertschöpfungsketten, neuen  
Produkten,  
136 guten Arbeitsplätzen und zukunftsfähigen Geschäftsmodellen. Dazu braucht es eine  
aktive  
137 Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade da, wo der  
Markt  
138 das Risiko scheut. Sie muss für fairen Wettbewerb sorgen, in Forschung, Digitalisierung  
und  
139 die sozial-ökologische Transformation investieren, Arbeitsplätze schaffen und sichern  
und  
140 die Gleichberechtigung der Geschlechter und nichtdiskriminierende  
Zugangsvoraussetzungen  
141 sicherstellen.
- 142 (107) Unternehmer\*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem  
wirtschaftlich  
143 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des  
Unternehmens zu  
144 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und

145 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll mit  
146 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit verbindlichen Indikatoren, die im Kontext  
einer am  
147 Gemeinwohl orientierten Bilanzierung die sozialen, ökologischen und  
gesellschaftlichen  
148 Auswirkungen messen.

149 (108) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industrie- und Innovationspolitik ist  
die  
150 vollständige Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in der gesamten Lieferkette.  
151 Automobil- und Chemieindustrie sowie der Maschinenbau waren die Säulen des  
Erfolges der  
152 deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen  
sich neu  
153 erfinden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei  
kann die  
154 deutsche Industrie auf das bauen, was sie – ganz besonders den Mittelstand – stark  
gemacht  
155 hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität, die Sozialpartnerschaft mit den  
Gewerkschaften  
156 sowie ihre europäische und globale Orientierung.

157 (109) Das Handwerk ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. In  
seiner  
158 Vielfalt ist das Handwerk Voraussetzung für die Stadt der kurzen Wege, für attraktive  
159 Regionen und für die sozial-ökologische Transformation. Das Handwerk muss dabei  
unterstützt  
160 werden, seine Expertise, Qualität und Traditionen in die Zukunft zu übertragen und  
seine  
161 wichtige Rolle am Arbeitsmarkt, insbesondere bei der Ausbildung von Fachkräften zu  
stärken  
162 und auch in strukturschwachen Regionen zu erhalten und zu fördern.

163 (109-2) Tourismus ist zukunftsfähig, wenn er in seinen vielfältigen Erscheinungsformen  
164 verantwortungsvoll und nachhaltig ist. Dazu gehören die gleichberechtigte  
Partizipation  
165 aller Akteur\*innen, die Umsetzung von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, die Stärkung  
der  
166 lokalen Wirtschaft sowie eine Balance zwischen öffentlicher und individueller Mobilität.  
167 Soziale, ökologische und kulturelle Belastungen von Reisen sollten im Einklang mit den  
168 Gegebenheiten vor Ort sein beziehungsweise kompensiert werden.

169 (110) Entscheidend für eine Dekarbonisierung von Produktion und Konsum ist ihre  
Einbettung  
170 in eine Kreislaufwirtschaft. Produktion und Konsum finden dabei so weit wie möglich in  
einem  
171 regionalen Kreislaufsystem statt, sodass weniger endliche Ressourcen verwendet  
werden  
172 müssen. Zentral dabei ist ein umfassendes Gebot für ressourcensparendes und  
173 kreislauffähiges Produktdesign. So wird die Zahl der neu produzierten Waren und

## Güter

- 174 minimiert, Produkte werden langlebiger und können repariert oder wiederaufbereitet werden.
- 175 (111) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union mit dem  
 176 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die  
 177 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu  
 178 bleiben,  
 178 Innovationen und Wertschöpfung zu fördern, sich weniger abhängig von anderen  
 globalen  
 179 Playern zu machen und zugleich in der noch weitestgehend unregulierten digitalen  
 Welt  
 180 Bürger\*innen- und Verbraucher\*innen-Rechte zu sichern.
- 181 (112) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben. In  
 einem  
 182 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation,  
 Digitalisierung,  
 183 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer Rahmensetzung  
 sind die  
 184 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Beton, Baustoffe, Aluminium, Glas, Papier oder  
 185 Chemikalien weiter in Europa produziert werden. Die dafür nötigen  
 Transformationsschritte  
 186 müssen wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.
- 187 (113) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und  
 Erfindungen  
 188 brauchen wir ausreichend eigene Produktions- und Entwicklungskapazitäten für  
 systemrelevante  
 189 Produkte wie medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die  
 190 Regionalisierung in kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören  
 zusammen. Der  
 191 Markt allein kann das nicht richten.
- 192 (114) Das freie Unternehmer\*innentum, die Gründer\*innen und Start-ups sind die  
 Treiber\*innen  
 193 für Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und  
 194 öffentliche wie private Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wirtschafts- und  
 195 Forschungspolitik begünstigt neue Ideen zur sozial-ökologischen Transformation. Sie  
 fördert  
 196 die Vernetzung von kleinen Unternehmen, Start-ups und Ausgründungen aus  
 Hochschulen  
 197 europaweit. Sie unterstützt bei der Finanzierung, dem Zugang zu Ressourcen und beim  
 Transfer  
 198 von Grundlagenforschung in die Praxis. Damit entstehen attraktive  
 Rahmenbedingungen und  
 199 Diversität, für die besten Forscher\*innen, Gründer\*innen und Fachkräfte.
- 200 **Eigentum und Gemeinwohl**
- 201 (115) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine sozial-  
 202 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es gesellschaftlich,  
 203 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie

- und  
 204 Marktwirtschaft bedroht. Es braucht eine gleichere Verteilung von Vermögen und Chancen.
- 205 (116) Grund und Boden unterliegen einer besonderen Sozialpflichtigkeit, weil sie  
 206 unvermehrbar und unverzichtbar sind. Deshalb müssen Renditen in diesem Bereich begrenzt sein  
 207 sowie Grund und Boden verstärkt in öffentliches oder gemeinwohlorientiertes Eigentum  
 208 überführt werden. Zum Wohl der Allgemeinheit bietet das Grundgesetz als letzte Möglichkeit  
 209 die Vergesellschaftung sowie die Enteignung, wo Märkte aus dem Ruder geraten.  
 210 Bodenwertsteigerungen werden gedämpft und bei Planungsrechtsänderungen wird die öffentliche  
 211 Hand beteiligt. Die Flächeninanspruchnahme ist zu begrenzen. Unser Ziel ist, den  
 212 Flächenverbrauch auf Netto Null zu senken und der Staat muss für vielfältig Besitzstrukturen  
 213 sorgen und eine gerechte Verteilung fördern.
- 214 (118) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem oder gemeinschaftlichem Eigentum und  
 215 eine stärkere Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen leisten einen  
 216 wichtigen Beitrag hin zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft. Ziel ist, dass Private  
 217 ihre Dienstleistungen und Produkte barrierefrei anbieten.
- 218 (118) Wissen wächst, wenn es geteilt wird. Der offene Zugang zu Wissen für alle Menschen  
 219 erhöht Innovationskraft, Wohlstand und Gerechtigkeit. Dabei wollen wir einen fairen Umgang  
 220 mit Wissen und Werken, Anreize zur Wissensgenerierung und die Stärkung offener und freier  
 221 Lizenzen. Die automatisierte Durchsetzung von exklusiven Eigentumsrechten darf die  
 222 Kommunikationsfreiheiten nicht einschränken. So viel Wissen wie möglich soll  
 223 Menschheitswissen werden und von der Allgemeinheit genutzt werden können. Bei kulturellen  
 224 Werken muss für Urheber\*innen eine angemessene Vergütung sichergestellt werden.  
 225 Öffentlich finanziertes Wissen soll grundsätzlich allen kostenfrei zur Verfügung stehen.
- 226 **Finanzmärkte und Banken**
- 227 (119) Finanzmärkte und Banken haben die Aufgabe, realwirtschaftliche Investitionen zu  
 228 finanzieren und Sparer\*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die  
 229 Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven, komplexen  
 230 Finanzprodukten zum Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück  
 231 zum sogenannten „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht  
 232 und nicht die kurzfristige Spekulation. Dafür muss das Einlagen- und Kreditgeschäft vom  
 233 riskanten Investmentbanking abgetrennt werden (Trennbankensystem). Es braucht

- einen  
 234 Finanzmarkt, der sich an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt und es fördert  
 statt ihm  
 235 zu schaden.
- 236 (120) Gute Finanzinstitute sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie  
 zu groß,  
 237 werden sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank oder Versicherung so groß sein, dass  
 sie  
 238 eine ganze Volkswirtschaft in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne  
 Rückgriff  
 239 auf Steuermittel jederzeit möglich sein. Außerdem brauchen Banken und  
 Versicherungen eine  
 240 gute Eigenkapitalausstattung und wirksame Haftungsregeln.
- 241 (121) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen,  
 lokalen  
 242 Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht eine effektive Aufsicht sowie  
 einfache,  
 243 glasklare Regeln ohne Lücken, die für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds,  
 FinTechs  
 244 oder andere Finanzdienstleister. Diese Aufsicht soll mit klaren Zuständigkeiten einen  
 245 transparenten Finanzmarkt garantieren. Kleine Banken, von denen keine Gefahr für  
 das  
 246 Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und beaufsichtigt werden  
 wie  
 247 Großbanken.
- 248 (122) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für die Ausgestaltung der Wirtschaft.  
 Der  
 249 Umbau zu Klimaschutz und einer sozial-ökologischen Wirtschaftsweise wird  
 beschleunigt, wenn  
 250 Anlagegelder nicht mehr in die alte, von fossilen Energien getragene Wirtschaft  
 fließen. Die  
 251 öffentliche Hand und die öffentlich-rechtlichen Finanzinstitute müssen vorangehen und  
 sich  
 252 vollständig aus Investitionen in Unternehmen zurückziehen, die auf fossile Energien,  
 die  
 253 Zerstörung von Ökosystemen oder die Verletzung von Menschenrechten bauen. Für  
 Anleger\*innen  
 254 muss zu jeder Zeit transparent sein, welche ökologischen und sozialen Folgen mit  
 ihren  
 255 Investitionen oder Einlagen verbunden sind. Es gilt, die Klima-, Nachhaltigkeits- und  
 256 Menschenrechtsrisiken im Finanzsektor durch eine am Gemeinwohl orientierte  
 Bilanzierung  
 257 offenzulegen und einzupreisen. Das macht die Finanzierung von Investitionen in  
 Klimaschutz  
 258 und Nachhaltigkeit günstiger als die Bereitstellung von Kapital für andere Zwecke.
- 259 **Geld- und Fiskalpolitik**
- 260 (123) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es,  
 ökonomischen

- 261 Krisen entgegenzuwirken. Damit sichern sie Arbeitsplätze und Existenzen und fördern  
so den  
262 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand. Die Bekämpfung und Vermeidung von  
Arbeitslosigkeit muss  
263 wichtiges Ziel der Politik sein.
- 264 (124) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung der  
265 Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen Beitrag  
266 leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche Krisen  
zu  
267 verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die  
268 Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als auch  
auf  
269 europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben zu  
nutzen und  
270 auszubauen, um Wirtschaftskrisen sowie deren soziale Folgen zu vermeiden und  
Investitionen  
271 für die sozial ökologische Transformation zu ermöglichen. Langfristige  
Schuldentragfähigkeit  
272 ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf die Handlungsspielräume  
künftiger  
273 Generationen gesetzlich zu verankern.
- 274 (125) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen  
Europa bei.  
275 Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So verschärfen  
sich  
276 wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und  
Handel, ohne  
277 dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische  
Währungsunion  
278 zu vollenden, sie um eine Fiskal- und Sozialunion zu ergänzen und die dafür  
notwendigen  
279 Vertragsveränderungen auf den Weg zu bringen.
- 280 (126) Die Zentralbanken sollten eigene Standards für digitale Währungen schaffen.  
Dazu  
281 bedarf es einer europäischen Regulierung für die Entwicklung, die für  
Verbraucher\*innen  
282 Rechtssicherheit schafft. Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols über  
private  
283 Währungen im Euro-Raum darf nicht zugelassen werden.  
284
- 285 (126-2) Digitale Zahlungen, Kryptowährungen und die Personen hinter den Accounts  
müssen  
286 nachvollziehbar sein. Zur Bekämpfung von Verbrechen wie Geldwäsche, die  
Darstellung  
287 sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Steuerhinterziehung und Terror-Finanzierung  
braucht es  
288 eine staatliche Infrastruktur.
- 289 (127) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Fiskalpolitik.  
Sie

290 braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren und  
 in  
 291 schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten und mit europäischen  
 292 Investitionen reagieren zu können. Dieser Haushalt muss über eigene  
 Steuereinnahmen und  
 293 Eigenmittel verfügen. Um langfristige Investitionen zu finanzieren und schwere  
 294 Konjunkturunbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser Haushalt auch  
 über Kredite  
 295 finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der Europäischen  
 Union und  
 296 ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein Zahlungsausfall  
 muss  
 297 in jedem Fall ausgeschlossen sein.

298 (128) Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie gilt es  
 zu  
 299 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das Ziel  
 der  
 300 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte die EZB,  
 wie  
 301 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt das Ziel der Wohlstandsmehrung und  
 eines hohen  
 302 Beschäftigungsstands verfolgen. Hohe Zinsunterschiede zwischen den  
 Mitgliedsstaaten können  
 303 Staaten hindern aus einer Krise herauszukommen. Insbesondere ohne eine  
 gemeinsame  
 304 Fiskalpolitik der Eurozone, kann es für die Zentralbank notwendig sein, die Liquidität  
 der  
 305 Staaten zu garantieren und Zinsunterschiede zu begrenzen.

306 (129) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und  
 Vergemeinschaftung von  
 307 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von  
 Unternehmensgewinnen  
 308 oder dem CO<sub>2</sub> Verbrauch. Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker  
 aufeinander  
 309 abgestimmt werden. Im Fall von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten  
 innerhalb der  
 310 Währungsunion müssen die Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere  
 311 Verbindlichkeit haben, etwa den Defizit- wie auch den Überschussländern  
 symmetrische  
 312 Verpflichtungen zum Abbau aufzuerlegen. Mit öffentlichen Investitionen und guten  
 Löhnen wird  
 313 die Binnennachfrage gestärkt und die Exportüberschüsse Deutschlands abgebaut.

### 314 **Haushalts- und Steuerpolitik**

315 (130) Haushaltsmittel gehören allen Bürger\*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam  
 umzugehen und  
 316 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf effizientem Weg  
 317 erreicht werden. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um Aufgaben wie beispielsweise die  
 318 Daseinsvorsorge und Infrastrukturinvestitionen finanzieren zu können. Die öffentlichen

- 319 Haushalte müssen in einer Demokratie klar, transparent und nachvollziehbar sein.  
Gender
- 320 Budgeting und die Beachtung von Klimaneutralität sind für einen gerechten Haushalt  
321 unerlässlich.
- 322 (131) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen  
Regeln für  
323 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die Verbindlichkeiten zu  
324 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und  
auszubauen.
- 325 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die Handlungsspielräume  
künftiger  
326 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an der  
327 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und die  
328 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll und  
329 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.
- 330 (132) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Eine weitere Privatisierung öffentlicher  
331 Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge darf es  
nicht  
332 geben. Öffentlich-private Partnerschaften kommen höchstens nur dann in Betracht,  
wenn sich  
333 durch sie ein Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler\*innen ergeben.
- 334 (133) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher. Es  
braucht  
335 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist und zu einer  
Angleichung der  
336 Einkommen  
337 führt. Das ist Grundlage für Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.
- 338 (134) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt neue  
339 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose  
Einkommen. Das  
340 Aufkommen der Steuern aus Kapitaleinkommen, aus großen Vermögen und  
Erbschaften muss wieder  
341 deutlich erhöht werden. Die Besteuerung von Kapitaleinkommen muss mindestens  
dem Maß der  
342 Besteuerung der Erwerbstätigkeit entsprechen. Der Vermögensaufbau von  
einkommensschwachen  
343 Gruppen soll gefördert werden.
- 344 (135) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden. Nicht am  
345 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen  
stärker  
346 besteuert und damit verteuert werden. Die Steuerlast stärker vom Faktor Arbeit auf  
347 Ressourcenverbrauch und Einkommen aus Kapital- und Bodenbesitz zu verlagern,  
begünstigt den  
348 ökologischen Umbau und soziales Engagement.
- 349 (136) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale  
Umsätze

350 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische  
351 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.

352 (137) Alle sollen sich ihrer finanziellen Lage entsprechend am Gemeinwohl beteiligen,  
denn  
353 Daseinsvorsorge und Sozialsystem sind nur solidarisch zu finanzieren. Die  
Besteuerung soll  
354 progressiver und damit eine Trendumkehr eingeleitet werden. Dafür braucht es  
Transparenz  
355 über wirtschaftliche Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der Lage ist, das Recht  
356 durchzusetzen. Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und  
Sozialbetrug  
357 sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.